

Verein fair-fish Association
 Burgstrasse 107 · CH-8408 Winterthur
 Fix: 0041 52 301 44 35 · Mob: 0041 79 54 53 53 9
 Büro Deutschland: Bahnhofplatz · D-876327 Pfinztal
 Büro Österreich: Luigi-Kasimir-Gasse 30 · A-8045 Graz
 info@fair-fish.ch · www.fair-fish.net



07.08.2011/hps

Enttäuschende Vorschläge der EU-Kommission zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP)

Nachdem die EU-Kommission im April 2009 ein «Grünbuch» mit einer erstaunlich schonungslosen Analyse der verheerenden Folgen der bisherigen Fischereipolitik der EU vorgelegt hatte, erhoffte man sich auch als Skeptiker doch ein paar griffige Reformen. Was die EU-Kommission im Juli 2011 dann als Vorschlag präsentierte, liegt freilich weit hinter den Erwartungen zurück. Offensichtlich hatten die grossen Fischereindustriellen und die von ihnen bearbeiteten Regierungen (allen voran Spanien) erfolgreich in Brüssel lobbyiert.

Wenn man in Rechnung stellt, dass die Vorstellungen der Kommission vom beschlossenen Rat der Fischereiminister der Mitgliedsstaaten mit Sicherheit noch gerupft werden, dürfte die ab 2013 schrittweise geplante Reform am Ende soviel bewirken wie ihre Vorgängerinnen:

- keine Entlastung für Fischbestände und marine Umwelt
- fortgesetzte Konzentration zulasten kleinere Fischereibetriebe
- fortgesetzte Ausbeutung aussereuropäischer Meeresgebiete

Gemessen an den Forderungen des Vereins fair-fish nehmen sich die Vorschläge der EU-Kommission besonders ernüchternd aus:

Forderungen fair-fish an EU-GFP http://www.fair-fish.ch/wissen/politik/europa1.html	GFP-Reformvorschlag der EU-Kommission vom 13.07.2011 http://ec.europa.eu/fisheries/index_de.htm
1. Schluss mit Propaganda für immer mehr Fisch.	überhaupt nicht berücksichtigt; gestärkt wird einzig die Deklarationspflicht
2. Schluss mit Förder- und Forschungsmitteln für Fischzuchten, welche mehr Fisch verfüttern, als sie gewinnen.	überhaupt nicht berücksichtigt; im Gegenteil soll Aquakultur massiv gefördert werden
3. Europäische Schiffe sollen in Europa fischen. Wenn Länder des Südens uns Fisch liefern wollen, dann sollen sie den selber fangen und verarbeiten.	überhaupt nicht berücksichtigt; an Fischereiabkommen mit andern Ländern wird festgehalten, bei vager Verpflichtung der EU auf soziale und ökologische Kriterien
4. Verbot der Befischung überfischter Bestände oder gar gefährdeter Arten	nicht berücksichtigt
5. Verbot industrieller Fangmethoden wie Grundschleppnetze, die viel Beifang verursachen und den Lebensraum der Fische zerstören.	nicht berücksichtigt; evtl. macht das neue Verbot von Rückwürfen unerwünschter Fänge industrielle Fänge etwas teurer
6. Jegliche Förderung der Fischerei durch die EU wird nur noch an Betriebe ausgerichtet, welche Mindestauflagen an Tierschutz und Nachhaltigkeit erfüllen.	nicht berücksichtigt; die künftige Regionalisierung von Entscheidungen und die Möglichkeit von Fördermassnahmen für kleine Fischereien kann schonendere Fangmethoden evtl. fördern
7. Fischerei und Aquakultur werden darauf ausgerichtet, dass sie das Wohl der Tiere möglichst wenig beeinträchtigen.	überhaupt nicht nicht berücksichtigt
8. Schaffung von untereinander vernetzten Meeresschutzzonen, Mindestanteil von 40% Meeresfläche	überhaupt berücksichtigt

Die Vorschläge der EU-Kommission

- Verbot des Rückwurfs unerwünschter Fänge (zu junge Fische, Fische von Arten mit bereits ausgeschöpfter Fangquote, nicht vermarktbar Fische; heute werden nach Schätzung der EU etws 60% des Fanggewichts zurückgeworfen). Die Vorschrift, alle Fänge anzulanden, was mehr Raum an Bord beansprucht, soll die Fischer dazu bringen, auf ungezielte Fangmethoden zu verzichten, hofft die EU-Kommission.
- Langfristige Vergabe der Fischereirechte (mind. 15 Jahre), Verpachtbarkeit dieser Rechte
- Festlegung der Fangquoten auf Basis des maximalen Dauerertrags (maximum sustainable yield MSY = maximal möglicher Ertrag, bei dem der Fischbestand auf seiner maximalen Produktivität bleibt).
- Um den MSY zu ermitteln, wird die Forschung verstärkt, unter Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, genauere Daten zu erheben. Die gesammelten Daten sollen leicht zugänglich gemacht werden.
- Bewirtschaftung eines Fischbestands unter Berücksichtigung seiner Wechselwirkung mit andern Fischarten und dem Ökosystem
- Die EU-Kommission will mit dieser Reform bis 2015 erreichen, dass die Fischerei nachhaltig betrieben wird. Die Fischbestände sollen dabei um 70% zunehmen.

Die Vorschläge der EU-Kommission im Urteil anderer

Rainer Froese, Meeresbiologe, Uni Kiel

«Die Vorschläge sind nicht 100 Prozent von dem, was ich wollte, aber kommen dem nahe. Die rosse Gefahr ist, dass nach allen Kuhhändeln (im Ministerrat) nicht mehr viel davon übrig bleibt.»

<http://news.sciencemag.org/scienceinsider/2011/07/european-union-plans-policy-over.html?etoc&elq=59583637102645b287f8a41a39f58704>

Cornelia Böhm, Mitglied des Deutschen Bundestags, Fischereipolitikerin der Grünen Faktion

«BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die von EU-Kommission vorgeschlagene langfristige Vergabe übertragbarer Fischfangrechte über mindestens 15 Jahre ab. Damit würde die EU ihre ökologischen Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand geben. Stattdessen muss die EU die jährliche Vergabe von Fangquoten an ökologische und soziale Mindestkriterien binden.

Auch die vorgesehene Handelbarkeit der Fangrechte – genau genommen sieht der Vorschlag eine Verpachtbarkeit vor – lehnen wir ab. Es kann nicht richtig sein, dass die EU Fangrechte verschenkt, die dann gewinnbringend weiter verpachtet werden können. Die Fangrechte werden so in die Hand immer größerer Fischerei-unternehmen wandern. Kleine Fischereibetriebe, die wir in den Küstenregionen brauchen, um den für diese Regionen typischen Charakter zu erhalten, werden hingegen verdrängt.

Zudem ist sehr zweifelhaft, ob die Verpachtbarkeit und die langfristige Vergabe der Fangrechte tatsächlich wie von der Kommission erhofft zur Anpassung der Fangflottenkapazi-

täten an die Fangmöglichkeiten beiträgt. Solange die EU durch Fischereiabkommen mit Entwicklungsländern die Möglichkeit eröffnet, Überkapazitäten auf den Weltmeeren auszulasten, solange der Weg in die illegale Fischerei nicht vollständig verbaut ist und solange die größte Fangflotte der EU – die spanische – weiter in großem Maßstab subventioniert wird, wird der Kapazitätsabbau nur schleppend vorankommen.»

Greenpeace Deutschland

Jedes Schiff hat seine Quote für eine bestimmte Zielfischart, beispielsweise Kabeljau, fischt aber ungewollt auch andere Arten ab. Diese kann der Fischer nach derzeitiger EU-Vorgabe nicht vermarkten, wirft sie also über Bord. Jahr für Jahr werden Millionen Tonnen Fisch tot oder schwer verletzt wieder ins Meer geworfen. Könnten zum Beispiel Kabeljaufischer ungewollt gefangene Makrelen an Makrelenfischer verkaufen, würde das den sinnlosen Tod in den Netzen stark reduzieren.

Ein richtiger Schritt, trotzdem greifen die Vorschläge der Kommission nach Meinung der Greenpeace-Meeresbiologin Iris Menn zu kurz. Weder deckeln sie die viel zu hohen Fangquoten noch reduzieren sie die gewaltige europäische Fangflotte.

«Natürlich muss sichergestellt werden, dass die Fischbestände sich erholen, anstatt völlig ausgerottet zu werden. Es ist eine Binsenweisheit, dass mehr Fisch nicht nur gesünder für das Ökosystem Meer ist, sondern auch bessere Einkünfte für die Fischer bedeutet», sagt Menn. «Der Handel mit Quoten wird aber die Überfischung nicht stoppen, schon gar nicht, wenn die Flottengröße nicht an die vorhandene Fischmenge angepasst wird.»

http://www.greenpeace.de/themen/meere/nachrichten/artikel/ob_bruessel_oder_berlin_keine_echte_wende_in_der_fischereipolitik/

WWF Deutschland

Das Papier legt zwar erstmals fest, Fischbestände nur so stark zu nutzen, dass ihr Überleben auf lange Sicht nicht gefährdet wird. Das geeignete Mittel dafür sollen Langzeitmanagementpläne sein. Der WWF bemängelt jedoch, dass der Entwurf weder Zeitvorgaben macht, noch Verantwortlichkeiten und Umsetzungsrahmen bestimmt. Dem Kommissionspapier fehlt nach Ansicht des WWF auch eine klare Vision zum Abbau der Flottenüberkapazität und es schlägt ein unwirksames Rückwurfverbot vor. Bei den Punkten regionale Mitbestimmung und Europas Verantwortung in internationalen Gewässern bleibt der Entwurf weit hinter den Erwartungen zurück.

Um Überkapazitäten abzubauen schlägt die Kommission vor, Quoten oder Fangkonzessionen handelbar zu machen. Der Reformvorschlag geht aber nicht auf die Besonderheiten unterschiedlicher Fischereien ein und es ist nicht zu erkennen, wie die Konzentration von Fangquoten in den Händen weniger verhindert werden soll. Auch fehlt die Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, Konzessionen kurzfristig wieder zu entziehen, falls gültige Schutzziele verfehlt werden. «Wir glauben, Fischer müssen mehr Teilhabe haben und Verantwortung für ihre Fischbestände übernehmen - dieses Privileg muss aber an konkrete Schutzziele geknüpft werden», sagt Karoline Schacht, WWF-Expertin für EU-Fischereipolitik.

Der WWF begrüßt grundsätzlich den Versuch der Kommission, die verschwenderische Praxis der Rückwürfe auf See zu beenden. Allerdings ist es aus Sicht des WWF der falsche Weg, wenn Fischer ihren Beifang aus Jungfisch und zu viel gefangenen Fisch kommerziell verwerten dürfen. Das wäre kein Anreiz, zielgenau zu fischen und Beifang zu vermeiden. "Nur gezieltes Fischen zahlt sich am Ende aus, weil es dann keinen unnötigen Verluste für Fischer und Bestände gibt", so Karoline Schacht weiter. «Selektive Fangmethoden packen das Problem der Fischverschwendung an der Wurzel.»

http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=55&tx_ttnews%5B...tnews%5BbackPid%5D=54&cHash=ff11116cefc2988a845021b3e591aa51

OCEAN2012

Das Reformpaket enthält einige begrüßenswerte Elemente, so die erste Einschätzung des europaweiten Bündnisses OCEAN 2012; insgesamt aber bleibt vor allem der Vorschlag einer neuen Grundverordnung für die Gemeinsame Fischereipolitik hinter der ursprünglichen Ankündigung der Kommission einer „radikalen Reform“ zurück.

«Der Vorschlag enthält unzureichende Bestimmungen zur Behebung der (zwei- bis dreifachen) Flottenüberkapazität, die das Grünbuch von 2009 als Kernproblem der Gemeinsamen Fischereipolitik identifiziert hat. Anstelle verpflichtender Kapazitätsobergrenzen zielt die Kommission darauf ab, die EU-Fischereiflotte durch eine Quasi-Privatisierung der Fischereiressourcen zu verkleinern. Dieser Ansatz weist in anderen Staaten eine gemischte Erfolgsbilanz auf. Er verhindert eine Entschädigung der Öffentlichkeit für den Verlust einer Gemeinschaftsressource sowie eine Besserstellung derjenigen, die auf sozial und ökologisch verantwortlichere Weise fischen», so Uta Bellion, Koordinatorin des von der Pew-Stiftung gegründeten Bündnisses OCEAN2012.

Die Reformvorschläge werden nun dem Europäischen Parlament und dem EU-Ministerrat vorgestellt. Für die folgenden Verhandlungen im Rahmen des allgemeinen Gesetzgebungsverfahrens der EU fordert OCEAN2012:

- den Wiederaufbau und Erhalt der europäischen Fischbestände oberhalb von Größen, die einen größtmöglichen Dauerertrag erzielen bis 2015, in Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der EU;
- einen bevorzugten Zugang zu Ressourcen für diejenigen Fischer, die auf ökologisch und sozial verantwortlichere Weise fischen;
- die Beendigung von umweltschädlichen Beihilfen und die Beschränkung öffentlicher Mittel auf Tätigkeiten, die einen öffentlichen Nutzen schaffen.

«Unter dem Druck kurzfristiger ökonomischer Interessen ist es der Kommission nicht gelungen, allen im Grünbuch identifizierten strukturellen Schwächen zu begegnen», sagt Nina Wolff, Fischerei-Expertin der Deutschen Umwelthilfe und Koordinatorin von OCEAN2012 in Deutschland.

http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=55&tx_ttnews%5B...ttnews%5BbackPid%5D=23&cHash=a2c93cf9d384c69feef1f0d602057dc7

Ein kleiner Lichtblick am Rande Die EU-Kommission gibt Einblick in geheime Fischereiabkommen

Transparentsea und 25 weitere Organisationen (darunter die Coalition for Fair Fisheries Arrangements CAPE-CFFA) forderten von der EU-Kommission Zugang zu allen Evaluationen über 16 EU-Fischereiabkommen mit Entwicklungsländern. Zunächst hatte die Generaldirektion MARE dieses Ansinnen abgelehnt, da es «die kommerziellen Interessen der europäischen Fischereiindustrie gefährden und die internationalen Beziehungen der EU beeinträchtigen könnte».

Mit der juristischen Unterstützung von ClientEarth focht Transparentsea diesen Bescheid an, da er dem Abkommen von Aarhus widerspreche. Konfrontiert mit einem drohenden Gerichtsverfahren gab die EU-Kommission schliesslich nach und erklärte sich bereit, vollen Zugang zu den 16 Evaluationen zu gewähren.

<http://transparentsea.co/2011/07/27/european-commission-grants-access-to-confidential-files>
<http://cape-cffa.org>